Stand: 12.09.2026 15:57:39

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/20332

"Neuregelung der Medizinstudienplatzvergabe - Auswirkungen des Urteils des Bundesverfassungsgerichts"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/20332 vom 25.01.2018
2. Plenarprotokoll Nr. 121 vom 25.01.2018
3. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/21320 des WK vom 20.03.2018
4. Beschluss des Plenums 17/21604 vom 10.04.2018
5. Plenarprotokoll Nr. 129 vom 10.04.2018

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode 25.01.2018 **Drucksache** 17/**20332**

Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Ruth Waldmann, Kathrin Sonnenholzner, Ruth Müller, Kathi Petersen, Isabell Zacharias, Martina Fehlner, Georg Rosenthal, Helga Schmitt-Bussinger, Susann Biedefeld, Horst Arnold, Inge Aures, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Dr. Simone Strohmayr, Margit Wild** und **Fraktion (SPD)**

Neuregelung der Medizinstudienplatzvergabe – Auswirkungen des Urteils des Bundesverfassungsgerichts

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Ausschuss für Gesundheit und Pflege und dem Ausschuss für Wissenschaft und Kunst mündlich und schriftlich über die Konsequenzen und Auswirkungen des Urteils des Bundesverfassungsgerichts vom 19.12.2017 – 1 BvL 3/14, 1 BvL 4/14 – zu berichten.

Dabei ist insbesondere darauf einzugehen, welche Auswahlkriterien die Staatsregierung als richtungsweisend erachtet und auf die Bedeutung der Wartezeit für die Auswahl der Studienplatzbewerberinnen und -bewerber. Konkret sollen die Fragen der Konsequenzen des Urteils auf eine Erhöhung der Wartezeitenquote, auf die Gleichstellung von Ausbildungszeiten und Studienzeiten, auf die Privilegierung ehrenamtlicher Tätigkeiten und medizinnaher Ausbildungs- und Studienzeiten bei der Wartezeit sowie auf die Anrechnung von Wartezeit als Boni auf die Abiturnote beantwortet werden.

Begründung:

Im Frühjahr 2017 wurde der „Masterplan Medizinstudium 2020“ von den Gesundheits- und Kultusministerkonferenzen der Länder, den zuständigen Bundesministerien und den Regierungsfraktionen verabschiedet. Der Masterplan sieht für den Zugang zum Medizinstudium unter anderem vor, dass neben der Abiturnote auch noch andere Zulassungskriterien stärker berücksichtigt werden sollen.

Neben der Abiturnote sollen dabei mindestens zwei weitere Auswahlkriterien angewandt werden. Diese sollen insbesondere die sozialen und kommunikativen Fähigkeiten sowie die Leistungsbereitschaft der Studienbewerberinnen und -bewerber einbeziehen. Weiterhin solle eine Ausbildung oder Tätigkeit in medizinischen Berufen stärker gewichtet werden. Auch andere Erfahrungen im Rahmen von Studien-, Ausbildungs- oder Praxiszeiten im Gesundheits- und/oder Pflegebereich bzw. durch ehrenamtliches Engagement in einem medizinnahen Bereich sollen als Nachweis einer besonderen Motivation für den Arztberuf berücksichtigt werden. Die Hochschulen sollen ihre Auswahlkriterien entsprechend ihrem Profil in Forschung und Lehre aus der gesamten Bandbreite der möglichen Kriterien wählen.

Die Wissenschafts- und Gesundheitsressorts von Bund und Länder haben vereinbart, „(…) nach dem zu erwartenden Urteil des Bundesverfassungsgerichtes zur Bedeutung der Wartezeit für die Auswahl der Studienplatzbewerberinnen und -bewerber zeitnah gemeinsam die Frage zu erörtern, welche Konsequenzen das Urteil z. B.

- auf eine Erhöhung der Wartezeitenquote,
- Gleichstellung von Ausbildungszeiten und Studienzeiten,
- Privilegierung medizinnaher Ausbildungs- und Studienzeiten bei der Wartezeit und
- Anrechnung von Wartezeit als Boni auf die Abiturnote

haben wird.“

Die Staatsregierung wird deshalb aufgefordert, dem Ausschuss für Gesundheit und Pflege über eben diese Auswirkungen und Konsequenzen zu berichten und dabei insbesondere auf die aufgeworfenen Fragestellungen einzugehen.

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

wenige Menschen schaffen es, sich in einem Satz so eklatant zu widersprechen wie Sie.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Herr Kollege Adelt, wir brauchen keine Nachhilfe in Sachen Kommunalpolitik. Sie behaupten ständig, wir hätten vor zwei Jahren diesem Kompromiss im Bayerischen Landtag zugestimmt. Ich empfehle Ihnen, einmal die Protokolle nachzulesen. Kein einziger Kollege hat mit Ja gestimmt. Hören Sie endlich auf, hier im Plenarsaal diese falschen Behauptungen zu verbreiten! Das gilt auch für all diejenigen, die das bis jetzt über uns behauptet haben. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben diesem Kompromiss, diesem Gesetz, mitnichten zugestimmt.

Noch ein weiterer Punkt: Gerade weil wir FREIEN WÄHLER kommunalpolitische Erfahrung haben, wissen wir, wie wichtig es ist, dass die Staatsregierung bei diesem Thema für Klarheit sorgt. Herr Kollege Adelt, damit Sie das auch wissen: Die Staatsregierung ist die oberste Rechtsaufsichtsbehörde. Herr Kollege Dr. Herrmann hat recht: Die Staatsregierung darf natürlich nicht in die kommunale Selbstverwaltung eingreifen, aber sie kann Empfehlungen für einen sinnvollen und gleichmäßigen Verwaltungsvollzug geben. Das ist der Sinn und das Ziel dieses Antrags. Dieser Antrag ist gut, und dieser Antrag ist richtig. Wir werden es schaffen, dass die Straßenausbaubeiträge abgeschafft werden, und sorgen zusammen mit der CSU dafür, dass bis dahin ein kommunalfreundlicher Vollzug gewährleistet ist.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen.

Ich werde jetzt den Beschlusstext verlesen, über den dann in namentlicher Form abgestimmt wird:

> Die Staatsregierung wird gebeten, die Kommunen im Sinne eines einheitlichen Verwaltungsvollzugs darauf hinzuweisen, dass Bescheide aufgrund von Straßenausbaubeitragssatzungen bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens nicht erlassen werden sollen.

Ich eröffne die namentliche Abstimmung. Dafür stehen fünf Minuten zur Verfügung.

(Namentliche Abstimmung von 15.02 bis 15.07 Uhr)

Die fünf Minuten sind um. Die Abstimmung ist geschlossen. Die Stimmkarten werden außerhalb des Sitzungssaales ausgezählt.

Wir kommen nun zur namentlichen Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion betreffend "Zeit für Gerechtigkeit – Bildungsqualität erhöhen, Familien stärken" auf Drucksache 17/20309. Über diesen Antrag wird ebenfalls in namentlicher Form abgestimmt. Dafür stehen drei Minuten zur Verfügung. – Noch eine Minute!

(Namentliche Abstimmung von 15.07 bis 15.10 Uhr)

Die drei Minuten sind um. Wir schließen die Abstimmung und zählen außerhalb des Sitzungssaales aus.

Die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 17/20311 mit 17/20318 sowie die Drucksachen 17/20331 mit 17/20333 werden in die zuständigen federführenden Ausschüsse verwiesen.

Wir unterbrechen jetzt die Sitzung und warten die Ergebnisse der Auszählungen ab.

(Unterbrechung von 15.11 bis 15.12 Uhr)

Ich eröffne nun wieder die Sitzung und gebe das Ergebnis der namentlichen Abstimmungen bekannt, zunächst zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Martin Güll, Margit Wild und anderer und Fraktion (SPD) betreffend "Zeit für Gerechtigkeit – –

(Unruhe)

Ich bitte doch um etwas Ruhe. Wir sind in wenigen Minuten, wenn nicht sogar Sekunden fertig. Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Martin Güll, Margit Wild und anderer und Fraktion (SPD) betreffend "Zeit für Gerechtigkeit – Bildungsqualität erhöhen, Familien stärken", Drucksache 17/20309: Mit Ja haben 43 gestimmt, mit Nein haben 79 gestimmt, Stimmenthaltungen: 13. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 2)

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber und anderer und Fraktion (FREIE WÄHLER) betreffend "Straßenausbaubeiträge: Keine Bescheide mehr rausschicken!", Drucksache 17/20310: Mit Ja haben 123 gestimmt, mit Nein haben 13 gestimmt, Stimmenthaltungen gab es 4. Damit ist der Dringlichkeitsantrag angenommen.

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode 20.03.2018 **Drucksache** 17/**21320**

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Ruth Waldmann, Kathrin Sonnenholzner u.a. und Fraktion (SPD)
Drs. 17/**20332**

Neuregelung der Medizinstudienplatzvergabe - Auswirkungen des Urteils des Bundesverfassungsgerichts

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung

Berichterstatterin: **Isabell Zacharias**
Mitberichterstatter: **Oliver Jörg**

II. Bericht:

1. Der Dringlichkeitsantrag wurde dem Ausschuss für Wissenschaft und Kunst federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Gesundheit und Pflege hat den Dringlichkeitsantrag mitberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 77. Sitzung am 21. Februar 2018 beraten und einstimmig Zustimmung empfohlen.
3. Der Ausschuss für Gesundheit und Pflege hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 79. Sitzung am 20. März 2018 mitberaten und einstimmig Zustimmung empfohlen.

Prof. Dr. Michael Piazolo
Vorsitzender

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode 10.04.2018 **Drucksache** 17/**21604**

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Ruth Waldmann, Kathrin Sonnenholzner, Ruth Müller, Kathi Petersen, Isabell Zacharias, Martina Fehlner, Georg Rosenthal, Helga Schmitt-Bussinger, Susann Biedefeld, Horst Arnold, Inge Aures, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Dr. Simone Strohmayr, Margit Wild** und **Fraktion (SPD)**

Drs. 17/**20332**, 17/**21320**

Neuregelung der Medizinstudienplatzvergabe – Auswirkungen des Urteils des Bundesverfassungsgerichts

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Ausschuss für Gesundheit und Pflege und dem Ausschuss für Wissenschaft und Kunst mündlich und schriftlich über die Konsequenzen und Auswirkungen des Urteils des Bundesverfassungsgerichts vom 19.12.2017 (1 BvL 3/14, 1 BvL 4/14) zu berichten.

Dabei ist insbesondere darauf einzugehen, welche Auswahlkriterien die Staatsregierung als richtungsweisend erachtet und auf die Bedeutung der Wartezeit für die Auswahl der Studienplatzbewerberinnen und -bewerber. Konkret sollen die Fragen der Konsequenzen des Urteils auf eine Erhöhung der Wartezeitenquote, auf die Gleichstellung von Ausbildungszeiten und Studienzeiten, auf die Privilegierung ehrenamtlicher Tätigkeiten und medizinnaher Ausbildungs- und Studienzeiten bei der Wartezeit sowie auf die Anrechnung von Wartezeit als Boni auf die Abiturnote beantwortet werden.

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 3** auf:

Abstimmung

über Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der SPD, der FREIEN WÄHLER, der GRÜNEN und der Abgeordnete Felbinger (fraktionslos). Gegenstimmen! – Sehe ich keine. Stimmenthaltungen? – Auch nicht. Dann ist die Sache so entschieden. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 3)

Es bedeuten:

(E)	einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
(G)	Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
(ENTH)	Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
(A)	Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
(Z)	Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

1. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
   Konsequenzen aus der Anhörung „Jungsein in Bayern“ VII:
   Jugendmigrationsdienste flächendeckend ausbauen
   Drs. 17/12796, 17/21166 (E)

   Votum des federführenden Ausschusses für
   Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

2. Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Ilona Deckwerth, Hans-Ulrich Pfaffmann u. a. SPD
   Beste Bildung von Anfang an XII –
   Angebote zur Qualitätsentwicklung für die Kindertagespflege schaffen
   Drs. 17/17433, 17/21167 (A)

   Votum des federführenden Ausschusses für
   Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

3. Antrag der Abgeordneten Joachim Unterländer, Ingrid Heckner, Josef Zellmeier u. a. CSU
Angemessenen Ausbau der Jugendmigrationsdienste unterstützen!
Drs. 17/17450, 17/21168 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

4. Antrag der Abgeordneten Angelika Weikert, Dr. Simone Strohmayr, Ruth Müller u. a. SPD
Bericht zur Umsetzung des Gesetzes zum Schutz von in der Prostitution tätigen Personen (ProstSchG) in Bayern
Drs. 17/17743, 17/21301 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

5. Antrag der Abgeordneten Dr. Hans Reichhart, Klaus Holetschek, Joachim Unterländer u. a. CSU
Untervermietung von Wohnraum in aktuell nicht genutzten dezentralen Asylunterkünften
Drs. 17/17776, 17/21304 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

6. Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Ilona Deckwerth, Hans-Ulrich Pfaffmann u. a. SPD
Beste Qualität für die Jüngsten I – Zwischenbericht zum Modellversuch „Pädagogische Qualitätsbegleitung in Kindertageseinrichtungen (PQB)“
Drs. 17/17853, 17/21169 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

7. Antrag der Abgeordneten Joachim Unterländer, Dr. Ute Eiling-Hütig, Gudrun Brendel-Fischer u. a. CSU
Integration von Frauen mit Migrationshintergrund ernst nehmen!
Drs. 17/17992, 17/21305 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

8. Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Ilona Deckwerth, Hans-Ulrich Pfaffmann u. a. SPD
Beste Qualität für die Jüngsten II – Ausreichende, multiprofessionelle Fachkräfte in Kindertageseinrichtungen sicherstellen!
Drs. 17/18551, 17/21170 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

9. Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Ilona Deckwerth, Hans-Ulrich Pfaffmann u. a. SPD
Beste Qualität für die Jüngsten IV – Einsatz hauswirtschaftlicher Kräfte in Kindertageseinrichtungen für ein gesundes Aufwachsen refinanzieren
Drs. 17/18553, 17/21171 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

10. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Ehrlicher bayerischer Einsatz für die Interessen der Deutschen aus Russland: Abschluss eines deutsch-russischen Sozialversicherungsabkommens engagiert vorantreiben!
Drs. 17/18594, 17/21231 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	A	Z	A

11. Antrag der Abgeordneten Georg Rosenthal, Inge Aures, Hans-Ulrich Pfaffmann u. a. SPD
Länder, Regionen und Kommunen stärker an der Umsetzung der EU-Klimaschutzpolitik beteiligen
Drs. 17/19253, 17/21464 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

12. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Jürgen Mistol u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Sozialwohnungen halten – Mieterhöhungen bei geförderten Wohnungen deckeln
Drs. 17/19269, 17/21302 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	ENTH	Z

13. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Schließung oder Umwidmung von dezentralen Unterkünften unter Berücksichtigung der regionalen Situation
Drs. 17/19498, 17/21312 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

14. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Bilanz über die Veranstaltungen der Staatsregierung in Prag zum Thema „Flucht und Vertreibung“
Drs. 17/19524, 17/21232 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

15. Antrag der Abgeordneten Gudrun Brendel-Fischer, Joachim Unterländer, Ingrid Heckner u. a. CSU
Summenraumprogramm für Kindertagesstätten
Drs. 17/19593, 17/21303 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

16. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Benno Zierer u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Strategie für Ultrafeinstaub-Monitoring beim Luftverkehr entwickeln
Drs. 17/19626, 17/21193 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

17. Antrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Susann Biedefeld, Herbert Woerlein u. a. und Fraktion (SPD)
Expertenanhörung: Verbandsklagerecht für anerkannte Tierschutzorganisationen in Bayern
Drs. 17/19627, 17/21300 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	A	Z

18. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Ingrid Heckner, Joachim Unterländer u. a. und Fraktion (CSU)
„MotherSchools“ – Mütter für Gefahren salafistischer Ideologien sensibilisieren
Drs. 17/20312, 17/21172 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

19. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Erfolgsprojekt „MotherSchools“ flächendeckend ausweiten!
Drs. 17/20331, 17/21173 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

20. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Karl Freller, Gudrun Brendel-Fischer u. a. und Fraktion (CSU)
Nach NC-Urteil des Bundesverfassungsgerichts Studienplatzvergabe schnellstmöglich neu regeln
Drs. 17/20316, 17/21319 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

21. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Ruth Waldmann, Kathrin Sonnenholzner u. a. und Fraktion (SPD)
Neuregelung der Medizinstudienplatzvergabe –
Auswirkungen des Urteils des Bundesverfassungsgerichts
Drs. 17/20332, 17/21320 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

22. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Verena Osgyan u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
NC-Urteil umsetzen – Zulassung zum Medizinstudium reformieren
Drs. 17/20333, 17/21321 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

23. Antrag der Abgeordneten Harald Güller, Franz Schindler, Stefan Schuster u. a. SPD
Weiterführung der (Maßregel-)Vollzugszulage für die (Tarif-)Beschäftigten in den Maßregelvollzugseinrichtungen
Drs. 17/20446, 17/21181 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Fragen des öffentlichen Dienstes

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	ENTH	ENTH

24. Antrag der Abgeordneten Tanja Schorer-Dremel, Dr. Otto Hünnerkopf, Gudrun Brendel-Fischer u. a. CSU
Liberalisierung des EU-Zuckermarkts – Zukünftige Rolle von Isoglukose und anderen Zuckerarten
Drs. 17/20487, 17/21258 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

25. Antrag der Abgeordneten Oliver Jörg, Bernhard Seidenath, Joachim Unterländer u. a. CSU
Selbstverletzendes Verhalten im Kindes- und Jugendalter
Drs. 17/20502, 17/21306 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

26. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Ulrich Leiner u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bericht zur Suizidrate in Bayern
Drs. 17/20539, 17/21308 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

27. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Spitzenkandidaten-Prinzip auf EU-Ebene erhalten
Drs. 17/20578, 17/21466 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	ENTH

28. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Gudrun Brendel-Fischer, Bernhard Seidenath u. a. und Fraktion (CSU)
Grippeschutz-Impfung verbessern –
Vierfachimpfstoff für alle gesetzlich Versicherten
Drs. 17/20583, 17/21309 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

29. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Gudrun Brendel-Fischer, Ingrid Heckner u. a. und Fraktion (CSU)
Arzneimittelstudien an ehemaligen Heimkindern in Bayern –
Erlittenes Unrecht aufarbeiten
Drs. 17/20587, 17/21233 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	ENTH	Z	ENTH

30. Antrag der Abgeordneten Harry Scheuenstuhl, Florian von Brunn, Klaus Adelt u. a. SPD
Gefahr durch multiresistente Erreger in bayerischen Oberflächengewässern?
Drs. 17/20603, 17/21259 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

31. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Rosi Steinberger u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Multiresistente Keime in Bayerns Gewässer bekämpfen
Drs. 17/20606, 17/21260 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	ENTH	Z

32. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Markus Ganserer u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Gifteinsatz in Eichenwäldern verbieten
Drs. 17/20608, 17/21205 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	ENTH	ENTH	Z

33. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christine Kamm u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Aggressive Steuervermeidung internationaler Konzerne endlich beenden
Drs. 17/20610, 17/21467 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

34. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Eva Gottstein u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Dienstliche Beurteilung von voll- und teilzeitbeschäftigten Bediensteten
Drs. 17/20615, 17/21182 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Fragen des öffentlichen Dienstes

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

35. Antrag der Abgeordneten Dr. Otto Hünnerkopf, Gudrun Brendel-Fischer, Volker Bauer u. a. CSU
Bericht zu den möglichen Risiken multiresistenter Keime in Bächen und Flüssen
Drs. 17/20619, 17/21261 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

36. Antrag der Abgeordneten Petra Guttenberger, Dr. Florian Herrmann, Josef Zellmeier u. a. CSU
Bericht über Praxishilfen zur EU-Datenschutzreform
Drs. 17/20770, 17/21299 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

37. Antrag der Abgeordneten Dr. Florian Herrmann, Dr. Otto Hünnerkopf, Bernhard Seidenath u. a. CSU
Ultrafeinstaub
Drs. 17/20778, 17/21207 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

38. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Florian von Brunn, Klaus Adelt u. a. und Fraktion (SPD)
Ekelerregende Zustände und Hygienemängel in der Lebensmittelproduktion: Was unternimmt die Staatsregierung gegen „Wiederholungstäter“ und schwarze Schafe?
Drs. 17/20796, 17/21288 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

39. Antrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Klaus Adelt, Harry Scheuenstuhl u. a. SPD
Umweltverträgliche Regulierung von Schwammspinnern
Drs. 17/20941, 17/21206 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

40. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Ulrike Gote u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Ökologische Filmproduktion lehren und lernen – FilmeN mit Zukunft
Drs. 17/18329, 17/21202 (E) [X]

Antrag der CSU-Fraktion gemäß § 126 Abs. 3 BayLTGeschO: Abweichendes Votum des mitberatenden Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z